

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network

[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)

**newsletter 100 / 28. 08. 2006**

## **CHEMIKALIEN - FEINSTAUB**

Vom Bundesministerium fuer Bildung und Forschung

14.08.06 **Entzündliche Reaktion durch Feinstaub**

Berlin/Neuherberg (ots) -

Lang anhaltende Feinstaubbelastung führt zu entzündlichen Veränderungen in der Lunge. Zu diesem Ergebnis kommen Wissenschaftler vom Nationalen Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (GSF) in München. Laut der aktuellen Studie ruft eine Feinstaubbelastung über 24 Stunden bei Mäusen Reaktionen hervor, die auch bei Lungenerkrankungen wie Lungenfibrose, Sarkoidose und dem Lungenkarzinom auftreten und ein typisches Zeichen für entzündliche Veränderungen sind. "Noch ist nicht klar, ob unsere Ergebnisse mit Mäusen auf den Menschen übertragbar sind. Wenn ja, ließe sich so vielleicht erklären, weshalb Feinstaubpartikel bei Menschen mit Herz-Gefäß-Erkrankungen den Gesundheitszustand verschlechtern", vermutet Elisabeth André, eine der beteiligten Wissenschaftlerinnen.

Feinstaub besteht aus Partikeln mit einem Durchmesser von maximal 100 Nanometern. Die ultrafeinen Partikel stehen im Verdacht, beim Menschen Herzkreislauf- und Atemwegserkrankungen zu verursachen oder zu verschlimmern. Privatdozent Matthias Wjst, Professor Holger Schulz und ihre Kollegen am GSF setzten Mäuse über mehrere Stunden ultrafeinen Kohlenstoffpartikeln aus, um herauszufinden welche Reaktionen die Feinstaubpartikel in den Atemwegen hervorrufen. Die Partikelmenge entsprach dem zehnfachen bis hundertfachen der Konzentration, die in belasteten Großstädten gemessen wird.

### **Erhöhte Genaktivität**

Die Forscher ließen Mäuse die feinen Kohlenstoffpartikel einatmen und spülten anschließend Zellen aus den Atemwegen. Bei Mäusen, die vier Stunden ultrafeine Partikel eingeatmet hatten, stellten sie fest, dass die Anzahl bestimmter Entzündungszellen (polymorphkernige Granulozyten) leicht erhöht war. Gleichzeitig wiesen die Wissenschaftler eine erhöhte Aktivität der Gene nach, die den Bauplan für so genannte Hitzeschockproteine enthalten. Dies sind Eiweißstoffe, die andere Proteine in Extremsituationen funktionsfähig halten. Sie gelten als Anzeichen einer ersten Stressreaktion von Zellen.

Hatten Mäuse die Staubpartikel 24 Stunden lang eingeatmet, waren Gene aktiv, die mit entzündlichen Reaktionen zusammenhängen. Die Immun- und Gewebezellen der untersuchten Lungen stellten dann Botenstoffe her, die körpereigene Fresszellen (Makrophagen) anlocken und weitere Immunzellen aktivieren. Zu diesen Botenstoffen gehörten Osteopontin, Lipocalin-2 und Galectin-3. Die Produktion von Kollagen, einem Strukturprotein des Lungenbindegewebes, wurde ebenfalls angeregt. Auch wenn die Forscher keine Veränderung des Lungengewebes fanden, werteten sie die erhöhte Genaktivität für Hitzeschock- und weitere immunmodulatorische Proteine als Ausdruck einer leichten entzündlichen Reaktion durch eingeatmete Feinstaubpartikel.

Das Team um Wjst und Schulz, das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Nationalen Genomforschungsnetzes (NGFN) gefördert wurde, ist zuversichtlich, dass Osteopontin, Lipocalin-2 und Galectin-3 brauchbare Marker für weitere Untersuchungen zu den Auswirkungen von

Staubbelastungen werden könnten. Zwei dieser drei auffällig erhöhten Eiweiße, das Osteopontin und das Lipocalin-2, spielen auch eine Rolle bei der Entstehung der Gefäßverkalkung (Arteriosklerose).

Originaltext: BM für Bildung und Forschung Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> (der Artikel ist nicht mehr im Netz)

=====

## CHEMIKALIEN - TABAK

23.08.2006 **Zigaretteingifte: Blockade von Reparaturmechanismen führt zur Entartung**  
Gainsville – Zigarettenrauch kann durch die Blockade von Reparaturmechanismen Brustkrebs verursachen. Dies geht aus einer Studie von Forschern der University of Florida (UFL) hervor.  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=18698&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

22.08.2006: **Frankreich will ab 2007 Rauchverbot an öffentlichen Orten**  
Paris - Frankreich will das Rauchen an öffentlichen Orten einschließlich Gaststätten und Hotels ab dem 1. Januar verbieten. „Das wird kommen“, sagte Gesundheitsminister Xavier Bertrand.  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=18563&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

\*

Von Wort und Bild - Apotheken Umschau - 13.08.06  
**Raucherkind stark belastet - Große Mengen krebserregender Substanzen im Baby-Urin**

Baierbrunn (ots) - Babys von Eltern, die stark rauchen, können bereits hohe Mengen krebserregender Substanzen im Urin aufweisen, berichtet die "Apotheken Umschau". In einer Studie von Medizinern des Krebszentrums der Universität von Minnesota (USA) war jedes zweite Baby hoch belastet. Die Eltern rauchten in Anwesenheit der untersuchten Kinder im Schnitt 76 Zigaretten pro Woche. Rauch aus der Atemluft ist nicht die einzige Bedrohung für die Babys. Bereits während der Schwangerschaft übertragen rauchende Mütter Tabakschadstoffe über den Mutterkuchen auf das Kind.

Das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau" 8/2006 A liegt in den meisten Apotheken aus und wird kostenlos an Kunden abgegeben.

Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau  
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52678>  
Kontakt: Ruth Pirhalla, Pressearbeit, E-Mail: [pirhalla@wortundbildverlag.de](mailto:pirhalla@wortundbildverlag.de)

\*\*\*

06.08.2006 **Koalition setzt beim Nichtraucherschutz auf Bundestags-Initiative**  
Berlin - Die Bundesregierung will im Bemühen um den Nichtraucherschutz vor gesetzgeberischen Schritten den Ausgang der Bundestags-Initiative abwarten.  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=18357&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

=====

## ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

21.08.06

**Aktuelle Umfrage von ZEIT Wissen: Jeder zweite Deutsche fürchtet Gesundheitsrisiken durch Handystrahlung**

Hamburg (ots) - Über die Hälfte der Deutschen fürchtet Gesundheitsrisiken durch Handys. Dies ergab eine aktuelle Umfrage von ZEIT Wissen: 55,3 Prozent der Befragten gaben an, dass sie glauben, Handystrahlung stelle ein gesundheitliches Risiko dar (tns-ernid: 1003 Befragte, 21./22.07.2006). Hamburger sind besonders beunruhigt: 82 Prozent fürchten Gesundheitsrisiken durch Handystrahlung, so viele wie in keinem anderen Bundesland.

**Neueste Forschungsergebnisse des Max-Planck-Instituts für Kolloid- und Grenzflächenforschung in Golm deuten darauf hin, dass diese Befürchtungen begründet sein könnten. An einem Modellsystem aus künstlichen Zellmembranen haben die Forscher kurzzeitige Temperaturerhöhungen um bis zu hundert Grad gemessen.** Institutsdirektor Markus Antonietti ist bestürzt: "Da wird hundertmal so viel Energie absorbiert wie bisher gedacht. Das ist der Horror", erklärt er in ZEIT Wissen.

Konkrete Auswirkungen auf das Gehirn können erst Experimente mit menschlichen Zellen zeigen. "Aber wir kennen jetzt den Mechanismus, der zur Zellschädigung führen könnte. Als Wissenschaftler bin ich besorgt", so Antonietti.

Gerne senden wir Ihnen auf Anfrage den kompletten Artikel sowie die zugehörige Infografik zu. Auch Umfrageergebnisse aus anderen Bundesländern stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Diese Pressemitteilung finden Sie auch unter [www.presse.zeit.de](http://www.presse.zeit.de)

Hervorhebungen: Scherrmann

=====

## **GENMODIFIZIERTES SAATGUT**

Von Bioland: 24.08.06

### **Geheimer Anbau von Genmais zwischen 1998 und 2004 - Bioland fordert vom Bundeslandwirtschaftsministerium Aufklärung / Ausmaß größer als bisher angenommen**

Mainz (ots) - Nur durch Zufall wurde der jahrelange Geheimanbau von Genmais im Rahmen der Bundessortenprüfung im nordrhein-westfälischen Greven vor kurzem öffentlich. "Unsere Bioland-Bauern und ihre konventionellen Kollegen in der Region sind massiv verunsichert über dieses späte Aufklärung eines Mitarbeiters des Bundessortenamtes und verlangen Aufklärung", so Thomas Dosch, Präsident von Bioland e.V.. "Der Fall zeigt eindringlich, wie wichtig der Fortbestand eines transparenten Standortregisters im deutschen Gentechnikrecht ist".

Doch das bundesweite Ausmaß des Geheimanbaus ist noch viel größer: Nach Bioland vorliegenden Informationen wurden vom Bundessortenamt im Zeitraum 1998 bis 2005 insgesamt 32 gentechnisch veränderte Maissorten mit den Konstrukten T 25, BT 176 und MON 810 an jährlich bis zu 18 Standorten geprüft. Die genauen Standorte der Jahre 1998 bis 2004 und deren Begleitumstände sind aber weiter geheim. Offen ist zudem die Frage, ob alle Bundesländer betroffen sind.

Im Interesse aller Bauern fordert Bioland nun die Offenlegung aller Standorte der Wertprüfungen von GVO-Pflanzen der Jahre 1998 bis 2004 und vor allem auch Klarheit über den Kenntnisstand von staatlichen Behörden bzw. anderen Institutionen. Eine entsprechende Anfrage wurde an das Bundeslandwirtschaftsministerium gerichtet.

Offen sind dabei folgende Fragen:

Wo genau und in welchem Umfang wurden Genmais-Sorten zwischen 1998 und 2004 geprüft? (Standorte, Umfang, Genmais-Konstrukte)?

Welche Behörden und Institutionen hatten Kenntnis auf Bundes- und Länderebene (Ministerien, Ämter, Kammern etc.)?

Wussten die Flächeneigentümer jeweils, dass Genmais auf ihren Flächen angebaut wurde?

Welche Sicherheitsmaßnahmen hat das Bundessortenamt ergriffen (Abstände, Mantelsaaten)? Wurde darauf geachtet, dass z.B. kein

biologischer angebauter Mais in der Umgebung steht?

Was geschah jeweils mit dem Aufwuchs? Waren auch Sorten dabei, die in der EU inzwischen keine Zulassung mehr haben?

An welchen Standorten hat das Bundessortenamt 2005 geprüft? Wurden in diesem Jahr alle Standorte zurückgezogen?

Der jahrelange Geheimanbau von Genmais zeigt, wie wichtig der Fortbestand eines transparenten Standortregisters im deutschen Gentechnikrecht ist. Bioland warnt in diesem Zusammenhang vor jeglicher Aufweichung des Gentechnikgesetzes.

Bioland ist mit über 4500 Erzeugern und 720 Partnern in Lebensmittelhandwerk und -industrie der größte Verband im ökologischen Landbau in Deutschland.

Originaltext: Bioland e.V., Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> (der Artikel ist nicht mehr im Netz)

\*\*\*

Von Coordination gegen BAYER-Gefahren 22. August 2006

### **Nach dem Skandal in den USA: „Gen-Reis von Bayer nicht in der EU zulassen!“**

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren fordert die europäischen Behörden auf, keine Import-Genehmigung für gentechnisch veränderten Reis zu erteilen. Der jüngste Skandal in den USA belegt, dass sich die Risiken von modifizierten Pflanzen nicht kontrollieren ließen. Am Wochenende hatten US-Behörden bekannt gegeben, dass in mehreren amerikanischen Bundesstaaten herkömmlich angebauter Reis mit der von BAYER CropScience hergestellten Sorte LL 601 kontaminiert ist. Der genmanipulierte Reis ist resistent gegen das von BAYER hergestellte Herbizid Liberty Link. Die US-Landwirtschaftsbehörde kennt weder den genauen Umfang der Verunreinigung noch ihre Ursache. Japan verhängte daraufhin einen sofortigen Import-Stopp für Langkorn-Reis aus den USA. In der Europäischen Union kam der kontaminierte Reis offenbar bereits in den Handel.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG): „Der Fall bestätigt alle Befürchtungen: eine nicht zugelassene gentechnisch veränderte Reis-Sorte landet in der Nahrungskette, und niemand weiß, wie sie dort hineingelangt ist. Der Umfang der Verunreinigung ist ebenso unklar wie die gesundheitlichen Risiken für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Dies muss Konsequenzen für die Zulassung von Gen-Reis in der EU haben“. BAYER hatte 2003 in der EU eine Import-Zulassung für genmanipulierten Reis der Sorte LL 62, der ebenfalls gegen Liberty Link resistent ist, beantragt. Insgesamt neun EU-Mitgliedsstaaten äußerten Bedenken, weswegen die European Food Safety Authority (EFSA) bis heute keine Zulassung erteilt hat. Die CBG fordert die Bundesregierung auf, sich gegen eine Importgenehmigung von LLRice62 auszusprechen.

BAYER ist weltweit zweitgrößter Anbieter von gentechnisch verändertem Saatgut. In Europa will das Unternehmen gentechnisch veränderte Pflanzen wie Raps, Zuckerrüben, Kartoffeln und Mais in den Markt drücken. Die weltweit folgenschwerste Entscheidung betrifft jedoch die Zulassung von Gen-Reis. Neben den Risiken für die Konsumenten stehen dabei besonders die Auswirkungen in den Anbau-Ländern, vornehmlich in Asien, im Blickpunkt. Philipp Mimkes: „Die Einführung von Gen-Reis hätte dramatische Konsequenzen. Millionen Bauern in den Ländern des Südens, die bislang durch Tausch und Eigenzüchtungen ihr Saatgut selbst produzieren, drohen in Abhängigkeit von multinationalen Konzernen zu geraten - die Verwendung ihrer Ernte als Saatgut wäre wegen des Patentschutzes künftig verboten. Durch den bereits in der "grünen Revolution" beobachteten Konzentrationsprozess würden Millionen Landwirte ihre Existenz verlieren und in die Elendsgebiete rund um die Metropolen abwandern.“

Dr. Suman Sahai, Direktorin der indischen Initiative Gene Campaign, warnt vor den ökologischen Risiken für ihr Heimatland: Lokal angepasste Reissorten würden durch Hohertragsorten verdrängt, was zu erhöhten Schädlingsaufkommen, verstärktem Einsatz gefährlicher Pestizide und einer Verringerung der Artenvielfalt führt.

weitere Informationen:

Flugblatt „Reis in Gefahr“: 20046GenReis.pdf  
Umweltverbände schreiben an 25 EU-Regierungen  
Übersichtsartikel „Bitterer GenReis“  
Umweltverbände gegen EU-Import von gentechnisch verändertem Reis  
Briefing about the food safety and environmental risks of Bayer's GMO rice

Coordination gegen BAYER-Gefahren [www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

\*\*\*

Von Greenpeace: 22.08.2006:

### **Illegaler Gen-Reis - Deutschland soll Importe aus USA stoppen / Japan hat die Einfuhr von Langkorn-Reis bereits verboten**

Hamburg (ots) - Nachdem US-Behörden die EU über Lieferungen von nicht zugelassenem Gen-Reis nach Europa informiert haben, fordert Greenpeace von der Bundesregierung einen sofortigen Importstopp von Reislieferungen aus den USA. Die genmanipulierte Sorte LLRice 601 des Bayer-Konzerns wurde weder als Lebensmittel zugelassen noch auf ihre Tauglichkeit als Nahrungsmittel getestet. Mit der Sorte werden seit 2001 in den USA keine Feldversuche mehr durchgeführt. Dennoch wurde herkömmliche Ware nun versehentlich mit dem Gen-Reis verunreinigt. Ein Viertel aller Reimporte nach Deutschland stammen aus den USA. 2005 betrug die Liefermenge 55.526 Tonnen. Die japanische Regierung hat bereits am Samstag die Einfuhr von Langkornreis aus den USA verboten.

"Dieser Fall zeigt erneut, dass Gentechnik nicht zu kontrollieren ist", sagt Alexander Hissting, Gentechnikexperte von Greenpeace.

"Gen-Pflanzen dürfen nicht angebaut werden, sie gefährden die herkömmliche Landwirtschaft. Der Verbraucher will nicht zum Versuchskaninchen gemacht werden. Daher brauchen wir einen Importstopp für Reis aus den USA. Und wir fordern, dass in Deutschland keine Gen-Pflanzen angebaut werden. Die herkömmliche Landwirtschaft darf nicht durch Gentechnik verunreinigt werden."

Die US-Behörden wissen bereits seit dem 31. 7. 2006 von der Kontamination, doch erst jetzt wurde die Öffentlichkeit informiert. Das US-Agrarministerium weigert sich, Maßnahmen gegen die weitere Verbreitung des Gen-Reis zu treffen, da es keine Gefahr sieht.

"Die deutschen Behörden dürfen nicht so leichtfertig mit diesem Problem umgehen wie die USA. Niemand hat den Gen-Reis auf Gesundheitsrisiken getestet, niemand kann für seine Sicherheit garantieren. Die deutschen Behörden müssen und können handeln", erklärt Hissting.

In der EU-Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel 1829/2003 heißt es: "Niemand darf einen zur Verwendung als Lebensmittel / in Lebensmitteln bestimmten gentechnisch veränderten Organismus ... in Verkehr bringen, wenn der Organismus oder das Lebensmittel nicht über eine ... erteilte Zulassung verfügt und die entsprechenden Zulassungsvoraussetzungen erfüllt." Die Verordnung besagt zudem: "Die Mitgliedstaaten können die geeigneten Maßnahmen ergreifen, um das unbeabsichtigte Vorhandensein von gentechnisch veränderten Organismen in anderen Produkten zu verhindern."

Rückfragen bitte an Alexander Hissting, Internet: [www.einkaufsnetz.org](http://www.einkaufsnetz.org) und [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)  
Originaltext: Greenpeace e.V.  
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> (der Artikel ist nicht mehr im Netz)

\*\*\*

Von Greenpeace: 17. 8. 2006

### **Gentechnik-Ratgeber in neuer Auflage / Hersteller von Milchprodukten, Fleisch und Eiern hintergehen Verbraucher**

Hamburg (ots) - - In Supermärkten tauchen kaum Lebensmittel mit Zutaten aus gentechnisch manipulierten Organismen auf. Doch die Hersteller von Milchprodukten, von Fleisch und Eiern aus

konventioneller Landwirtschaft hintergehen weiterhin die Verbraucher: Die meisten Tiere werden mit Gen-Pflanzen gefüttert, die Produkte müssen aber nicht gekennzeichnet werden. Hier bietet die neue und völlig überarbeitete Auflage des Greenpeace-Ratgebers "Essen ohne Gentechnik" die notwendigen Informationen: Verbraucher können mit der "grünen Liste" im Ratgeber Produkte wählen, die ohne Gen-Pflanzen im Tierfutter erzeugt wurden. Der Ratgeber erscheint wegen der großen Nachfrage von Verbrauchern in der 9. Auflage, insgesamt wurden 2,1 Millionen Exemplare gedruckt.

"Die Verbraucher in Europa sorgen dafür, dass die Supermärkte weiterhin fast frei sind von kennzeichnungspflichtigen Waren", sagt Alexander Hissting, Gentechnikexperte von Greenpeace. "Nun müssen besonders die Hersteller von herkömmlichen Milchprodukten, von Fleisch und Eiern den Druck von Verbrauchern spüren, damit sie auch auf Gentechnik im Tierfutter verzichten."

Auf der "roten Liste" des Einkauf-Ratgebers stehen Unternehmen, die sich besonders hartnäckig weigern, auf Gentechnik zu verzichten. So erwecken Marken wie "Landliebe" vom Campina-Konzern oder "Weihenstephan Alpenmilch" von Müllermilch den Anschein, naturnah zu produzieren. Tatsächlich erlauben sie ihren Landwirten den Anbau von Gen-Mais und die Verfütterung von Gen-Pflanzen an die Milchkühe.

Erst letzte Woche hatte Greenpeace bei einem Milchlieferanten von Campina Gen-Mais geerntet und der Firmenzentrale in Heilbronn zur Entsorgung übergeben. In Futtermittelproben von Landwirten, die Campina und Müllermilch beliefern, hat Greenpeace sowohl Gen-Mais als auch Gen-Soja nachgewiesen.

Die Milchindustrie in anderen europäischen Ländern handelt bereits: In der Schweiz, in Österreich und Griechenland haben die Marktführer eine Fütterung ohne Gen-Pflanzen umgesetzt oder angekündigt. In Deutschland zeigen die Andechser Molkerei, die Upländer Bauernmolkerei und die Milchwerke Berchtesgadenerland, dass die Branche auf Gen-Pflanzen verzichten kann. Selbst Handelsketten reagieren: Tegut hat seine Frischmilch-Eigenmarke auf gentechnikfrei umgestellt. Und sogar der Discounter Lidl verkauft mittlerweile in 300 Filialen in Nordrhein-Westfalen Bergweide-Milch, die das Siegel "ohne Gentechnik" trägt.

In über 30 Ländern hat Greenpeace den Ratgeber zu gentechnikfreiem Essen veröffentlicht, unter anderem in Brasilien, Chile, Kanada, Russland, China, Australien, Thailand und Japan.

Achtung Redaktionen: Der Ratgeber "Essen ohne Gentechnik" kann kostenlos bei Greenpeace bestellt werden: Tel. 040-30618-120 oder per mail: [mail@greenpeace.de](mailto:mail@greenpeace.de) . Internet: [www.einkaufsnetz.org](http://www.einkaufsnetz.org) .

=====

## NANOTECHNOLOGIE

Vom Umweltbundesamt, 25.08.2006

### **Nanotechnik: Chancen und Risiken für den Menschen und die Umwelt. Umweltbundesamt informiert zu umweltrelevanten Aspekten**

Sie sind in Sonnencremes enthalten, machen Textilien Schmutz abweisend und Lacke kratzfest: Nanopartikel. Diese Produkte der Nanotechnik – kleiner als 100 Nanometer, das heißt, mehr als 1.000 mal kleiner als der Durchmesser eines Menschenhaares – erobern in rasch wachsender Zahl den Markt und wirken positiv auf die Wirtschaft. Allein in Deutschland arbeiten im Jahr 2006 etwa 550 Unternehmen mit Nanotechnik, das sind rund 50.000 Beschäftigte in dieser Branche. Auch die Umwelt profitiert von der neuen Nanotechnik. Sie macht es möglich, Rohstoffe und Energie bei der Entstehung von Produkten effizienter zu nutzen und so Emissionen sowie den Energieverbrauch zu verringern. Gleichzeitig ist noch sehr wenig über die Exposition der Menschen und der Umwelt durch Nanopartikel und deren Wirkung bekannt. Das Umweltbundesamt (UBA) hat jetzt in einem Hintergrundpapier das aktuelle Wissen über Umweltentlastungspotenziale zusammengefasst, Risiken für Mensch und Umwelt benannt und Handlungsempfehlungen formuliert.

In der Nanotechnik werden Partikel oder Oberflächen, die mindestens in einer Dimension kleiner als

100 Nanometer sind, hergestellt, untersucht oder angewendet. Künstlich erzeugte Nanopartikel und nanoskalige Systemkomponenten besitzen neue Eigenschaften, die gezielt zur Entwicklung neuer Produkte und Anwendungen genutzt werden. Die Nanotechnik wird in den kommenden Jahrzehnten die Industrie in vielen Bereichen - unter anderem Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemie, Bio- und Umwelttechnik - stark beeinflussen und hat das Potenzial zur grundlegenden Veränderung ganzer Technikfelder. Dabei bietet die Nanotechnik erhebliche ökologische Innovationspotenziale, aber auch nicht unerhebliche Umwelt- und Gesundheitsrisiken, über die allerdings noch immer zu wenig bekannt ist.

Das Umweltbundesamt prüft und bewertet umweltrelevante Aspekte der Nanotechnik. Das Hintergrundpapier informiert über deren Chancen und Risiken. Dabei zeigen Beispiele, wie Nanotechnik hilft, Rohstoffe und Energie einzusparen, Umweltschutztechniken zu verbessern und den Einsatz gefährlicher Stoffe zu vermindern oder zu unterlassen. Daten, die die bessere Umweltverträglichkeit konkreter Anwendungen untermauern, liegen derzeit nur vereinzelt vor. Das UBA will diese Techniken fördern und benötigt zur Demonstration ihres umweltfreundlichen Potenzials weitergehende Informationen.

Mit dem zunehmenden Einsatz künstlich erzeugter Nanopartikel ist zukünftig mit einem vermehrten Eintrag in die Umwelt zu rechnen. Die breiten Anwendungsmöglichkeiten der Nanotechnik und die unterschiedlichen Nanomaterialien erfordern ein differenziertes Vorgehen bei der Beurteilung eines möglichen Risikos für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Das Hintergrundpapier diskutiert ausführlich die gegenwärtigen Wissensdefizite über die Exposition der Menschen und die Umwelt durch Nanopartikel sowie die möglichen Risiken. Um diese Risiken identifizieren und Vorkehrungen für deren Verminderung treffen zu können, besteht großer Informationsbedarf. Dieser betrifft beispielsweise die Erfassung der Produktion und des Verbrauchs der verschiedenen in Produkten verwendeten Nanopartikel sowie die Beurteilung ihrer Wirkungen.

Ausführliche Informationen enthält das 22-seitige Hintergrundpapier „Nanotechnik: Chancen und Risiken für Mensch und Umwelt“. Es steht im Internet zum kostenlosen Download bereit unter

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/nanotechnik.pdf>  
HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-053.htm>  
PDF: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-053.pdf>

Anmerkung Scherrmann:

Das Hintergrundpapier ist wirklich erstaunlich. Da wird an mehreren Stellen sehr deutlich geschrieben, dass ueber die umwelt- und gesundheitsrelevanten Auswirkungen der Nanotechnologie noch fast nichts bekannt ist, dass die wenigen Erkenntnis besorgniserregend sind und dass erheblicher Forschungs- und auch Regulationsbedarf besteht.

Ich hoffe, dass die AutorInnen des Hintergrundpapiers hartnaeckig weitere Forschungen einfordern, sich weiterhin mit dem moeglichen Risiko beschaeftigen und bei der Delphie-Runde eine wichtige Stimme haben. Ich hoffe, dass diese AutorInnen auch bei der Information fuer die "18 repraesentativ ausgewaehnten Verbraucherinnen und Verbraucher" einen angemessenen Zeitrahmen bekommen.

Nach der Lektuere der Antwort der Bundesregierung zur Nanotechnologie (siehe naechster Eintrag), ist ersichtlich, welches Foerdervolumen in diesem Bereich zur Verfuegung gestellt wird und welches Marktpotential sich dadurch ergibt und fuer die Zukunft erhofft wird. Ich frage mich, wieviel Prozent oder Promille dieser Gelder in die Forschung des Risikopotentials der Nanotechnologie fliesen.

\*\*\*

Aus dem BUNDESTAG- 03.08.2006 Bildung und Forschung/Antwort

### **Bundesregierung: Nanotechnologie fuer Deutschland von grosser Bedeutung**

Berlin: (hib/SUK) Die Bundesregierung foerdert in diesem Jahr Verbundprojekte in der Nanotechnologie mit rund 134 Millionen Euro - damit hat sich das Foerdervolumen in diesem Bereich seit 1998 vervierfacht. Das teilt die Regierung in ihrer Antwort (16/2322) auf eine Kleine Anfrage der

Bündnisgrünen (16/2150) mit. Die Nanotechnologie sei als Schlüssel- und Querschnittstechnologie von "hoher Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland". Für Branchen wie Automobilbau, Chemie, Pharma, Informationstechnik und Optik werde die künftige Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte wesentlich auch von der "Erschließung des Nanokosmos" abhängen. Die Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) konzentriere sich auf fünf Bereiche, in denen "Leitinnovationen" entwickelt worden seien: den Automobilbau mit der Leitinnovation "NanoMobil", die Chemie mit "NanoChem", die Halbleitertechnik mit "NanoFab", die Medizin mit "NanoforLife 1" und die Lichttechnik mit "NanoLux". In diesem Jahr würden zusätzlich zu den 134 Millionen Euro an BMBF-Projektmitteln etwa 162 Millionen Euro an institutionellen Mitteln (gemeinsam mit den Ländern) in die Nanotechnologie investiert. Damit betrage das Gesamtfördervolumen mehr als 220 Millionen Euro. Weiter heißt es in der Antwort, durch die Nanotechnologie werde derzeit ein Weltmarkt von etwa 100 Milliarden Euro beeinflusst. Sie habe schon heute einen "erheblichen Einfluss" auf für Deutschland wichtige Schlüsselbranchen. In der Bundesrepublik seien etwa 550 Unternehmen mit der Entwicklung, Anwendung und dem Vertrieb nanotechnologischer Produkte befasst, darunter etwa 120 Großunternehmen und 440 kleine und mittelständische Unternehmen. Rund 55.000 Arbeitsplätze hingen direkt oder indirekt von nanotechnologischen Produkten ab. Die Bundesregierung geht davon aus, dass hier mit einem Zuwachs an Arbeitsplätzen zu rechnen ist: Für den Zeitraum 2003 bis 2006 hätten knapp die Hälfte der kleinen und mittelständischen Unternehmen mit einem Mitarbeiterzuwachs von mehr als 20 Prozent gerechnet, ein Drittel mit mehr als 50 Prozent und fast 20 Prozent mit einer Verdopplung der Arbeitsplätze. Auf die Frage der Fraktion, welche Aktionen veranstaltet worden seien, um die Entwicklung nanotechnologischer Instrumente zu fördern, gibt die Regierung an, sie sehe es als vordringliche Aufgabe an, den Zugang zu Ergebnissen aus Forschung und Entwicklung für kleine und mittlere Unternehmen zu "optimieren". Die Förderinitiative "NanoChance" unterstütze die Unternehmen, die auf dem Gebiet der Nanotechnologie tätig sind. Die Förderung erster Projekte werde zwischen Oktober und Dezember dieses Jahres beginnen. Veränderungsbedarf bei bestehenden Normen, Gesetzen und Verordnungen aufgrund nanotechnologischer Entwicklungen sehe man derzeit allerdings nicht. Sollte sich dies ändern, werde die Bundesregierung einen Bericht vorlegen.

=====

## RADIOAKTIVITAET

Von der Umwelthilfe, e. V. vom 25.08.06

### **Vattenfall gesteht Falschaussagen zu AKW Brunsbüttel - Umwelthilfe fordert die sofortige Abschaltung**

Berlin (ots) - Nach dem Eingeständnis, das Bundesumweltministerium und das für die Atomaufsicht in Schleswig-Holstein zuständige Sozialministerium bisher nicht korrekt über die Probleme der Notstromversorgung im Siedewasserreaktor Brunsbüttel unterrichtet zu haben, fordert die Deutsche Umwelthilfe vom Betreiber Vattenfall Europe die sofortige Abschaltung des Meilers. Anlässlich einer Sitzung des Ausschusses "Elektrische Einrichtungen" der Reaktorsicherheitskommission (RSK) der Bundesregierung hatte Vattenfall entgegen früheren Einlassungen überraschend erklärt, dass Teile des Notstromsystems doch wie in Forsmark auf Wechselstrom angewiesen seien. Nach einem Ausfall bestimmter Wechselrichter wäre auch das Kraftwerk Brunsbüttel nur noch eingeschränkt steuerbar.

"Die Aussage der Vattenfall-Verantwortlichen, das Atomkraftwerk Brunsbüttel sei trotzdem sicher, reicht nach dieser Kehrtwende nicht mehr aus. Der Meiler muss sofort stillgelegt werden, und zwar solange seine Sicherheit nicht zweifelsfrei nachgewiesen ist", sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. Der Vorgang bestätige auf ganzer Linie die seit Jahren intern vorgetragenen Bedenken mit dem Meiler befasster Fachleute, die in Brunsbüttel ein Sicherheitsleitsystem diagnostiziert hatten, dass nicht annähernd dem heutigen Stand der Technik entspräche. Außerdem zeige sich, dass die Behauptung, der Störfall von Forsmark könne nicht "eins-zu-eins" auf deutsche Anlagen übertragen eher der Vernebelung als der Klärung diene. "Diese Aussage ist so richtig, wie banal - über die Robustheit der Sicherheitseinrichtungen deutscher Reaktoren sagt er nichts. Das Sicherheitssystem von Brunsbüttel ist unterdimensioniert und gerade deshalb überkomplex", so Resch.

Nachdem Vattenfall zunächst "objektive Falschaussagen" über die Unabhängigkeit der Brunsbüttel-

Sicherheitssysteme von Wechselrichtern verbreitet habe, stelle sich zum wiederholten Mal die Frage nach der im Atomgesetz von den Betreibern von Atomanlagen zwingend geforderten Zuverlässigkeit. Resch erinnerte daran, dass das Atomkraftwerk Brunsbüttel im Dezember 2001 Schauplatz einer schweren Wasserstoffexplosion in unmittelbarer Nachbarschaft des Reaktordruckbehälters gewesen sei. Damals hatte der Reaktorbetreiber das Kraftwerk zwei Monate weiterlaufen lassen, ehe das ganze Ausmaß des Unfalls bei einer Begehung des Sicherheitsbehälters ans Licht gekommen sei. In der Folge sei der Kraftwerksleiter ausgewechselt worden.

Die Deutsche Umwelthilfe hatte am 16. August 2006 die Defizite im Sicherheitssystem des Atomkraftwerks Brunsbüttel öffentlich gemacht und zum Beleg aus internen Dokumenten zitiert.

Originaltext: Deutsche Umwelthilfe e.V.

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=22521>

Für Rückfragen: Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH), [resch@duh.de](mailto:resch@duh.de)

=====

## RECHT

Aus dem Umwelt-newsletter

Vom 25.08.2006

**Bekanntmachung der Vorläufigen Berechnungsverfahren für den Umgebungslärm** nach § 5 Abs. 1 der Verordnung über die Lärmkartierung (34. BImSchV) vom 22. Mai 2006, BAnz. Nr. 154a S.

1 <http://www.UMWELTdigital.de/202842>

**DüV - Verordnung über die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis beim Düngen.** In der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 2006, BGBl. I S. 33, geändert am 27. Juli 2006, BGBl. I S. 1818

<http://www.UMWELTdigital.de/161572>

**Verordnung über Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Düngemittelüberwachung**

In der Fassung der Neubekanntmachung vom 27. Juli 2006, BGBl. I S. 1822

<http://www.UMWELTdigital.de/201806>

**Verordnung über die Gebühren und Auslagen nach dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz** vom 1. August 2006, BremGbl. S. 370

<http://www.UMWELTdigital.de/201933>

**HmbIFGebO - Gebührenordnung zum Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetz** vom 8. August 2006, HmbGVBl. S. 467

<http://www.UMWELTdigital.de/201893>

**IFG M-V - Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen für das Land Mecklenburg-Vorpommern** vom 10. Juli 2006, GVBl. S. 55

<http://www.UMWELTdigital.de/201865>

vom 11.08.2006

Neue Vorschriften des Bundes und der Bundesländer:

- **UVPG - Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung**

Mehr unter <http://www.UMWELTdigital.de>

(Der Zugang zu den angegebenen URLs ist nicht gebührenfrei)

\*\*\*

Von der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener e.V.:

Wir freuen uns sehr, dass wir die **Abhandlung von Prof. Wolf-Dieter Narr und R.A. Thomas Saschenbrecker: Unterbringung und Zwangsbehandlung**

die in der FamRZ Nr. 15 am 1. August erstveröffentlicht wurde, mit freundlicher Genehmigung der beiden Autoren und der FamRZ inzwischen im Internet veröffentlichen können (siehe Anhang):

<http://www.die-bpe.de/kritik>

Damit wird die Diskussion darüber, dass psychiatrische Zwangsbehandlung rechtswidrig und somit ein Verbrechen ist, von der größten und renommiertesten Zeitschrift geführt, die es zum gesamten Familienrecht in Deutschland gibt: <http://www.famrz.de>

In einer Auflage von 14.000 Exemplaren gedruckt, ist sie die "Pflichtlektüre" der VormundschaftsrichterInnen und aller anderen JuristenInnen in diesem Rechtsgebiet.

Die Abhandlung hat zwei Teile:

- die Auswertung einer Umfrage bei allen Vormundschaftsgerichten in Deutschland. (Der Rücklauf der Umfrage wurde uns inzwischen von Prof. Narr ausgehändigt und steht unseren Mitgliedern zur Einsicht zur Verfügung)

- die Kritik des BGH Beschlusses vom 1.2.2006. Mit einer grund- und menschenrechtlichen Argumentation wird nachgewiesen, dass die Annahmen, die dem BGH-Beschluss zugrunde lagen, mehrfach rechtsfehlerhaft sind.

Dieser Beschluss wird daher bei einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht (oder nötigenfalls sogar den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte) zu Fall gebracht werden.

Daran, dass auch die DGPPN bis heute auf Ihrer Homepage als "Aktuell" unverändert NUR den Beschluss des Obergerichtes veröffentlicht - in dem die Unrechtmäßigkeit von Zwangsbehandlung nach dem Betreuungsrecht festgestellt wird - und damit jeden Hinweis auf den BGH Beschluss unterlassen hat, wird offensichtlich, dass auch von Seite der psychiatrischen Chefarzte anerkannt wird, dass die psychiatrische Zwangsbehandlung mit den betreuungsrechtlichen Gesetzen unvereinbar ist, siehe: <http://www.dgppn.de>

Nach einer eingehenden Prüfung des BGH Rezept-Beschlusses hat unsere Mitgliederversammlung am 8.8.2006 folgende Erklärung und Vorgehensweise beschlossen:

Zwangsbehandlung ist ein Verbrechen !

Der 12. Zivilsenat des Bundesgerichtshof (BGH) hat mit seinem Beschluss vom 1.2.2006 mit dem Aktenzeichen XII ZB 236/05 die Zwangsbehandlung in der Psychiatrie zwar gebilligt, aber dabei eine höchstrichterliche Bedingung für die unteren Gerichte gesetzt, auf deren Einhaltung wir selbstverständlich strikt und immer drängen werden. Insofern möchten wir zweierlei deutlich machen:

Wir meinen, dass jegliche Zwangsbehandlung in der Psychiatrie gegen den Willen eines Betroffenen ein Verbrechen ist und einen fundamentalen Verstoß gegen das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit darstellt. Das ist auch durch die Kritik von Prof. Wolf-Dieter Narr an dem Urteil belegt, die im Internet mit der Adresse [www.die-bpe.de/kritik](http://www.die-bpe.de/kritik) veröffentlicht ist: "Die Annahme des BGH Beschlusses ist mehrfach rechtsfehlerhaft." Aus einer Umfrage bei allen Vormundschaftsgerichten wissen wir: ¼ der Gerichte teilt diese Meinung, allerdings werden sich viele Gerichte jetzt zur Rechtfertigung der Zwangsbehandlung auf das obiter dictum des BGH berufen.

Mit dieser Entscheidung hat der BGH keinen Rechtsfrieden hergestellt, sondern im Gegenteil, wir werden jetzt erst recht mit allen Kräften auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (bzw. des EGMR) hinarbeiten, denn die Misshandlung durch psychiatrische Zwangsbehandlung verstößt gegen die Menschenrechte und die Würde der Betroffenen und ist ohne jede verfassungsrechtliche Grundlage.

Dieser Gang nach Karlsruhe wird allerdings dadurch verzögert werden, dass erst alle unteren Gerichte die Bedingung des BGH erfüllen müssen, und die Erlaubnis einer Zwangsbehandlung mit einem genauen richterlichen Rezept versehen sein muss, in dem Wirkstoff, Dosierung und Verabreichungshäufigkeit genau festgelegt sind.

Deswegen nennen wir dieses Urteil das REZEPT URTEIL, Zitat:

"Die Sache gibt weiterhin Anlass zu dem Hinweis, dass in der Genehmigung einer Unterbringung nach § 1906 Abs. 1 Nr. 2 BGB die von dem Betreuten zu duldenende Behandlung so präzise wie möglich anzugeben ist..., dazu gehören bei einer Behandlung durch Verabfolgung von Medikamenten in der Regel auch die möglichst genaue Angabe des Arzneimittels oder des Wirkstoffes und deren (Höchst-) Dosierung sowie Verabreichungshäufigkeit."

Ohne diese genauen Angaben ist jede psychiatrische Zwangsbehandlung auch nach der Auslegung des BGH als Körperverletzung ein schweres Verbrechen.

Jeder Betreuer, der nicht mit dem Vorwurf konfrontiert werden will, für eine menschenverachtende und grundrechtswidrige Zwangsbehandlung in einer Psychiatrie mitverantwortlich zu werden, ist

aufgerufen, nie irgendeine solche Misshandlung zu genehmigen, geschweige denn anzuregen.

Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener e.V. Haus der Demokratie und Menschenrechte - Greifswalder Str. 4 - 10405 Berlin - [www.die-bpe.de](http://www.die-bpe.de) <http://www.die-bpe.de/kritik/>

Anmerkung Scherrmann:

Weil Kranke mit Schadstoffinduzierten Krankheiten (SIKs) - nachweislich - immer wieder gegen ihren Willen in geschlossene Psychiatrieabteilungen eingewiesen werden und gegen ihren Willen Medikamente verabreicht bekommen, koennte es ggf. fuer manche SIK-Kranke und deren AertzInnen hilfreich sein, diesen Artikel und das Cellener Urteil zu kennen.

=====

## **INFOS von weiteren Quellen**

Aus : Aktuelles EU-FrauenNews Hiltrud Breyer MdEP Nr. 3/06

### **Brustkrebs: bessere Leitlinien und mehr Ursachenforschung**

Im Kampf gegen den Krebs sollen die von der Kommission veröffentlichten Leitlinien die bestmögliche Diagnose und Behandlung garantieren. Laut EU-Kommissar Kyprianou könnten jedes Jahr 32.000 Todesfälle durch Brustkrebs verhindert werden, wenn bewährte Verfahren zum Mammografie-Screening EU-weit angenommen würden. Eine gerade in den USA veröffentlichte Studie hat überdies herausgestellt, dass in der Hälfte aller Brustkrebsfälle Umweltfaktoren Auslöser sind. Es gibt überzeugende wissenschaftliche Beweise, dass giftige Chemikalien und Strahlendosen Brustkrebs verursachen. Diese Erkenntnis muss sich auch in der REACH-Gesetzgebung niederschlagen! Studie zu Brustkrebs: [www.breastcancerfoundation.org](http://www.breastcancerfoundation.org)

Anmerkung Scherrmann:

So einfach bzgl. des Mammographieverfahrens wie Herr Kyprianou meint, ist es - leider - nicht. Die meines Erachtens sehr kompetente Frau Prof. Schmitz-Feuerhake (Professorin i. R. für Experimentelle Physik auf den Gebieten der Dosimetrie, des Strahlenschutzes und der gesundheitlichen Wirkungen radioaktiver Strahlen) hat dazu eine viel differenziertere Sicht. Z. B: im Interview ZEITfragen Nr.20 vom 17.5.2005 schreibt sie:

"Es gibt bis heute keinen wissenschaftlichen Beweis dafür, dass Brustkrebsfrüherkennung mit regelmässiger Mammographie zu einer nennenswerten Senkung der Krebssterblichkeit führt. Die grösste nach dem Zufallsprinzip kontrollierte Vergleichsuntersuchung, mit Hilfe derer eine Langzeitaussage möglich ist, das kanadische nationale Screen-ingprogramm, war negativ. Auf keinen Fall sollten Frauen mit einer erblichen Disposition für Brustkrebs regelmässig geröntgt werden und schon gar nicht in jüngerem Alter (ab 30 Jahren, wie vielfach empfohlen wird), da bei ihnen eine stark erhöhte Strahlenempfindlichkeit angenommen werden muss. Man fördert dadurch den frühzeitigen Ausbruch eines Karzinoms erheblich.

Neben der Forderung nach geeigneter Früherkennung - ohne Mammographie - sollte die Krebsliga viel mehr auf Massnahmen zur echten Prävention dringen. Dazu würde die rigorose Einschränkung des Oberkörperröntgens besonders bei Mädchen und jungen Frauen gehören. Vielen Ärzten ist nicht bekannt, dass das Brustgewebe zu den strahlenempfindlichsten gehört und dass diese Erkenntnis gerade nach röntgendiagnostischen Massnahmen gewonnen wurde. Amerikanische Untersuchungen an Skoliosepatientinnen (Wirbelsäulenverkrümmung) haben gezeigt, dass sich die Brustkrebstode durch das mehrfache Röntgen in etwa verdoppelten.

Ein besonderes Strahlenschutzproblem stellen die in letzter Zeit immer mehr zunehmenden Röntgenuntersuchungen mit Computertomographie dar. Medizinern und Patienten ist oft nicht klar, dass diese bezüglich der Dosis das Zehn- bis Hundertfache einer normalen Röntgenaufnahme erfordern. Sie belasten auch das strahlenempfindliche Lungengewebe. Lungenkrebs wird nicht nur durch das Rauchen erzeugt. Gerade wurde durch europäische und amerikanische Studien das Schadens-potential von Radon in Häusern bestätigt, dem radioaktiven Edelgas in unserer Atemluft. Auch hier liegen ungenutzte Möglichkeiten der Krebsvermeidung.

[http://www.zeit-fragen.ch/ARCHIV/ZF\\_129c/T05.HTM](http://www.zeit-fragen.ch/ARCHIV/ZF_129c/T05.HTM)

Und/oder:

Gesellschaft für Strahlenschutz e.V.

**Brustkrebsfrüherkennung Ja, Reihenuntersuchung mit Mammographie Nein! Abschied vom Wunschdenken, Nachdenken über neue Strategien**

Thomas Dersee, Helga Dieckmann, Wolfgang Köhnlein, Horst Kuni, Edmund Lengfelder, Sebastian Pflugbeil, Inge Schmitz-Feuerhake

Die Mammographie ist ein wichtiges diagnostisches Verfahren zur Erkennung von Brustkrebs. Vielen Wohlmeinenden aus Medizin, Gesundheitspolitik und Krankenkassen, die etwas gegen das Brustkrebsproblem unternehmen wollen, fällt es jedoch schwer zu akzeptieren, dass die Reihenuntersuchung mit Mammographie nach aller Erfahrung weder eine Senkung der Brustkrebssterblichkeit noch der Gesamtsterblichkeit zur Folge hat. Das erste Screeningprogramm wurde 1963 begonnen. Seitdem füllt das Thema zehntausende Seiten der wissenschaftlichen Literatur. Dies ist der Versuch, den derzeitigen Erkenntnisstand darzustellen und Alternativvorschläge zu machen. Es ist Zeit, sich von Wunschvorstellungen zu befreien und neue Strategien zur Bekämpfung des Brustkrebses auszuarbeiten.

40 S. <http://www.gfstrahlenschutz.de/docs/mamscr.pdf> (197 kB)

Und/oder

Schmitz-Feuerhake I., Kranefeld, A., Hormann, V. **Das Brustkrebsrisiko durch Mammographie**  
In: Schmitz-Feuerhake, I., E. Lengfelder, (Hrsg.)

**100 Jahre Röntgen: Medizinische Strahlenbelastung - Bewertung des Risikos**

2. Int. Kongreß der Gesellschaft für Strahlenschutz, Berlin, 1995

Berichte Otto Hug Strahleninstitut Nr. 15-18, S. 201-206

[http://www.mta-dialog.de/download/pdf/pro\\_und\\_kontra\\_mammogr-screening.pdf#search=%22Schmitz-Feuerhake%20Mammographie%22](http://www.mta-dialog.de/download/pdf/pro_und_kontra_mammogr-screening.pdf#search=%22Schmitz-Feuerhake%20Mammographie%22)

\*\*\*

Vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) Berliner Büro vom 15.08.2006

**Berufsgenossenschaften: Blendungsarme Bildschirme schonen die Augen Informationen über die Entspiegelungsqualität von Bildschirmen reichen häufig nicht aus**

Wie blendungsarm ein Bildschirm ist, lässt sich anhand der Herstellerangaben häufig nicht ausreichend beurteilen. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung, die das Berufsgenossenschaftliche Institut für Arbeitsschutz (BGIA) in Sankt Augustin im Auftrag des Fachausschusses „Verwaltung“ der VBG (Verwaltungs-Berufsgenossenschaft) auf der Basis umfangreicher Probandeninterviews durchgeführt hat. Die Forscher fordern daher, die Benutzer besser über die Entspiegelungsqualität von Bildschirmen zu informieren.

Fast jeder Büroarbeitsplatz ist heute auch ein Bildschirmarbeitsplatz. Gleichzeitig verbringen immer mehr Menschen ihre freie Zeit vor Computern und Bildschirmen. Spiegeln sich Lichtquellen oder helle Fensterflächen auf Computer-Bildschirmen, können die Augen bei der Arbeit am Bildschirm schnell ermüden und beim Benutzer Verspannungen und Kopfschmerzen auftreten. Um dies zu verhindern, müssen Bildschirme ergonomisch gestaltet sein. Hierzu gehört es auch, störende Reflexionen und Blendungen zu vermeiden.

Wie blendungsarm ein Bildschirm ist, soll eigentlich die so genannte Reflexionsklasse zeigen, die dem Gerät im Labor zugeordnet wird. „Wir wollten jedoch wissen, wie die Benutzer Blendung und Reflexionen am Bildschirm tatsächlich empfinden“, erklärt Dr. Harald Siekmann, Projektleiter im BGIA. Die Forscher machten daher den Praxistest: 60 Testpersonen korrigierten bei unterschiedlichen Beleuchtungssituationen Texte an verschiedenen Bildschirmen. Für jede einzelne Beleuchtungssituation mussten die Versuchspersonen auf einer vorgegebenen Skala bewerten, ob und wie stark sie durch Blendung gestört waren und wie gut oder schlecht sie demzufolge die Arbeitsaufgabe erledigen konnten. Siekmann: „Die Projektergebnisse belegen, dass die zurzeit geltende Unterscheidung von drei Reflexionsklassen bei Bildschirmen zu grob ist.“ Viele Bildschirme fallen in die beste Reflexionsklasse I, scheinen also dem Benutzer bei der Auswahl hinsichtlich ihrer Entspiegelungsqualität gleich. Das dem nicht so ist, weiß der Arbeitsschützer jetzt: „In der Praxis

können sich diese Bildschirme enorm voneinander unterscheiden!“ Eine genauere Abstufung der Reflexionsklassen müsse her, solle der Anwender die Möglichkeit haben, einen für seinen Fall wirklich geeigneten Bildschirm auszuwählen, so Siekmanns Fazit.

Die Hinweise stehen unter [www.hvbg.de](http://www.hvbg.de), Webcode 2198242 zum Download bereit.

Pressekontakt: Stefan Boltz, HVBG Pressereferent, E-mail: [stefan.boltz@hvbg.de](mailto:stefan.boltz@hvbg.de)

Internet: <http://www.hvbg.de>

Infoline: Allgemeine Informationen zu Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und Berufsgenossenschaften unter

Telefon: 01805 / 188088 (12 Cent/Minute) und per E-Mail unter [hg-infoline@vbg.de](mailto:hg-infoline@vbg.de)

Impressum: <http://www.hvbg.de/d/pages/wir/imp/index.html>

Scherrmann: Diese Tipps vom HVBG koennen ggf. auch fuer private PC-NutzerInnen von Vorteil sein.

=====

## KURZINFO

24.08.2006

### **Kurorte wollen eigene Richtlinie für Feinstaub**

Die deutschen Kurorte wollen für sich selbst strengere Richtlinien bei Feinstaubmessungen anlegen. Der Deutsche Heilbäderverband stellte jetzt ein entsprechendes Projekt beim Deutschen Wetterdienst in Offenbach vor. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=415861,4650./medizin/umweltmedizin>

23.08.2006

### **Umwelt: Impfversagen durch PCB-Exposition?**

Kopenhagen - Die starke Belastung mit Polychlorierten Biphenylen (PCB) haben bei Kindern auf den Faröer-Inseln die Immunogenität der Diphtherie- und Tetanusimpfung herabgesetzt.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=18559&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

08. 08 2006

### **Wieder Gift in unserem Trinkwasser**

Rommel: Uhlenberg muss endlich Verantwortung übernehmen!

Im Rahmen einer aktuellen Untersuchung wurden extrem hohe Werte an Röntgenkontrastmitteln und Anti-Epilepsie-Medikamenten im Leitungswasser aus Essener und Dortmunder Wohnungen gefunden. ... Die höchsten Werte an Pharmarückständen fanden sich im Essener Leitungswasser: Dort wurden 718 Nanogramm pro Liter Röntgenkontrastmittel gefunden. Damit liegen die Werte sieben Mal höher als der vom Gesundheitsministerium 2003 angegebene gesundheitliche Orientierungswert (100 Nanogramm/Liter).

<http://www.gruene.landtag.nrw.de>

Anmerkung Scherrmann:

Seit vielen Jahren spreche ich dieses Thema immer wieder an. Es ist wirklich an der Zeit, dass

a) zumindest die haeufiger vorkommenden Substanzen in Medikamenten im Trinkwasser generell gemessen werden,

b) daran gearbeitet wird, diese Substanzen im Trinkwasser zu eliminieren.

06.08.2006

### **US-Umweltbehörde - Streit um Risikobewertung von Pestiziden**

Washington - Die US-Umweltbehörde (Environmental Protection Agency, EPA) hat eine zehnjährige Neubewertung von Pestiziden abgeschlossen.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=18358&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

=====

## TERMINE

Noch einmal der Hinweis:

Internationaler Kongress

### **20 Jahre Leben mit Tschernobyl - Erfahrungen und Lehren für die Zukunft**

14.-17. September 2006

Montforthaus, A-6803 Feldkirch, Vorarlberg, Österreich

Hinweis: Der Kongress wird von der Österreichischen Ärztekammer und mehreren Ärzteorganisationen der Schweiz als ärztliche Fortbildungsveranstaltung (DFP) anerkannt.

Kongress-Sprachen: Deutsch und Russisch mit Simultanübersetzung

Themenfelder:

Übersichten zu den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe und zur internationalen Informationspolitik

Folgen der Tschernobyl-Katastrophe für die Gesundheit in Belarus, Ukraine, Russland

Strahlenschutz und Katastrophenmanagement

Gesundheitliche Folgen der Tschernobyl-Katastrophe im Westen

Auswirkungen der Tschernobyl-Katastrophe auf Tiere, Umwelt und Ernährung

Sozial-ökonomische Folgen der Reaktorkatastrophe

Internationale staatliche und gesellschaftliche Tschernobyl-Hilfe für die besonders betroffene

Bevölkerung in konkreten Projekten

Aufgaben für die Zukunft

Das umfangreiche Programm (mit vielen WissenschaftlerInnen und ÄrztInnen vor allem aus Belarus, Ukraine, Russland) finden Sie unter [www.ohsi.de](http://www.ohsi.de)

=====

## **POLITIK - BEHOERDEN**

=====

### **BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung**

15. 08. 2006:

#### **BfR will Verbraucher besser vor allergenen Substanzen schützen Institut führt erstes Informationsgespräch mit Experten durch**

Allergien stellen weltweit eines der größten gesundheitlichen Probleme dar. Sie beeinträchtigen die Lebensqualität eines großen Teils der Bevölkerung und haben erhebliche volkswirtschaftliche Auswirkungen. Allein vier Prozent der Kleinkinder in Mitteleuropa leiden an einer Lebensmittelallergie. Rund 12 Prozent der 13- bis 14-jährigen Jugendlichen und noch deutlich mehr Erwachsene haben Heuschnupfen. Kontaktekzeme sind ein weiteres häufiges Problem. Die Symptome „überschießender“ immunologischer Abwehrreaktionen des Körpers können sich an den Atemwegen, an der Haut oder an den Verdauungsorganen manifestieren. Die Zahl der allergischen Erkrankungen steigt und weist in Deutschland regionale Unterschiede auf. Darauf wiesen Allergiewerter aus dem Bundesinstitut für Risikobewertung, der Berliner Charité und dem Universitätsklinikum Heidelberg bei einer Informationsveranstaltung für Medienvertreter in Berlin hin. „Eine Bündelung aller vorhandenen Informationen zum Thema der Entstehung von Allergien und die Formulierung konkreter Handlungsoptionen ist geplant“, so der Präsident des BfR, Professor Dr. Dr. Andreas Hensel in seiner Begrüßung.

Noch vor der Sommerpause hatte Bundesverbraucherschutzminister Horst Seehofer angekündigt, einen Nationalen Aktionsplan gegen Allergien ins Leben zu rufen. Vor diesem Hintergrund hatte das Bundesinstitut für Risikobewertung Medienvertreter zu einem Informationsgespräch zum Thema Allergien eingeladen. Die beiden Experten aus dem klinischen Bereich, Professor Dr. Ulrich Wahn und Professor Dr. Thomas Diepgen, begrüßten diese Initiative ausdrücklich. Ein konzertiertes Aktionsprogramm gegen diese Volkskrankheit sei überfällig.

In Deutschland ist die Zahl der Menschen, die an einem allergischen Bronchialasthma erkrankt sind, innerhalb der 80er Jahre auf das Doppelte angestiegen. In Dänemark hat sich die Zahl der

Neurodermitisfälle in den Geburtsjahrgängen 1960-64 und 1970-74 nahezu verdreifacht. Daten für Mitteleuropa zeigen, dass 30 Prozent der Kleinkinder mit Neurodermitis auch unter einer Lebensmittelallergie leiden. 6 bis 19 % der Kinder leiden unter einem atopischen Ekzem, und 15 bis 20 % der Erwachsenen sind gegenüber allergenen Stoffen sensibilisiert.

Zur Allergieauslösung und ihren immunologischen Prozessen sind noch viele Fragen offen. Vermeidungsstrategien haben deshalb einen besonderen Stellenwert. Diesbezüglich ist es vorteilhaft, das Allergie auslösende Potenzial kritischer Stoffe frühzeitig zu erkennen. Substanzen, die zum Einsatz in Verbraucherprodukten vorgesehen sind, sollten zuvor auf ihre allergenen Eigenschaften getestet werden. Während für die Testung auf kontaktallergene Wirkungen bereits zuverlässige Untersuchungsmethoden zur Verfügung stehen, fehlen solche Verfahren bislang für den Nachweis allergener Eigenschaften von Stoffen, die zu einer Sensibilisierung der Atemwege führen. Dies gilt gleichermaßen für Allergie auslösende Eigenschaften von Lebensmitteln, die im Magen-Darmtrakt wirksam werden.

Der Schutz des Verbrauchers vor dem Kontakt mit Stoffen, auf die er allergisch reagiert, und auch vor anderen Stoffen, die an einer Allergieauslösung beteiligt sein können, ließe sich durch entsprechende Informationen über problematische Inhaltsstoffe in Produkten, Textilien und Lebensmitteln verbessern. Sie würden betroffenen Verbrauchern die Möglichkeit eröffnen, Produkte und Lebensmittel im Hinblick auf die individuelle Allergiesituation gezielt auszuwählen oder zu vermeiden. Allergiker könnten sich so aktiv vor allergenen Substanzen schützen.

Über die Vermeidung des Kontakts mit allergenen Substanzen hinaus kann man Allergien auch vorbeugen. So hat das Stillen beispielsweise einen günstigen, präventiven Einfluss auf bestimmte Formen der Allergie. Und auch ein verbesserter Nichtrauchererschutz würde sich positiv auf die Allergierate auswirken: Am Einfluss des Passivrauchens auf die Entstehung allergischer Erkrankungen der Atemwege bei Kindern bestehen wissenschaftlich längst keine Zweifel mehr.

Das BfR wird medizinische Fachverbände, Universitäten und andere beteiligte Kreise zu Expertengesprächen einladen, um das Thema weiter zu vertiefen. Darüber hinaus wird das Institut Instrumente einer gezielten Risikokommunikation entwickeln, um die Verbraucher optimal zu informieren und zu schützen.

Dokument: Allergien in Deutschland (Hintergrundinformation A/2006 des BfR vom 15.08.2006) (PDF-Datei, 106.7 KB)

Anmerkung Scherrmann:

Ich kann mir nicht vorstellen, dass das oben kurz beschriebene Vorgehen effektiv ist.

- 1) Es gibt inzwischen viele Studien, die nachweisen, dass Schadstoffe an der Allergieentstehung massgeblich beteiligt sind. Das schon vorhandene Wissen sollte endlich wirklich wahrgenommen werden. Weitere Forschung in diesem Bereich ist notwendig und sollte initiiert werden.
- 2) Der Begriff Allergie wird immer noch ziemlich begrenzt benutzt. Meines Erachtens sollten Unverträglichkeiten bzw. Pseudoallergien in die Überlegungen miteinbezogen werden.
- 3) Die Allergene, die durch inhalierte Substanzen initiiert werden, spielen bei der Betrachtungsweise immer noch eine untergeordnete Rolle im Vergleich zu denjenigen, die mit der Haut aufgenommen werden.
- 4) Solange nicht mal KinderärztInnen grundsätzlich vor Duftstoffen in Kosmetik, Wasch- und Putzmitteln warnen und z. B. den Zusammenhang mit Neurodermitis deutlich machen, wird sich nicht viel ändern (obwohl die allergenisierende Wirkung vieler Duftstoffsubstanzen dokumentiert ist.)
- 5) Die "optimale Information" und der "optimale Schutz" ist in meinen Augen völlig unzureichend, solange nicht endlich anders auf die Gesamtproblematik geschaut wird.
- 6) Wieviel Forschungsgelder, Umwege, Schmerzen, Leid - z. B. von Kindern - könnte vermieden werden, wenn die Krankheit "Chemikalienunverträglichkeiten" ernst genommen würde. Bei dieser Krankheit zeigen sich ganz offensichtlich Zusammenhänge zwischen Schadstoffen und Unverträglichkeits-Symptomen.
- 7) Die Verschiebung der Krankheit "Chemikalienunverträglichkeiten" von der somatischen auf die psychische Schiene schadet also nicht nur diesen Kranken, sondern auch anderen Kranken, z. B. den AllergikerInnen.
- 8) Chemikalienunverträglichkeiten sind i. a. durch Prick-, Intrakutan-, Epikutan- und andere Tests nicht nachweisbar. Sie sind i. a. nur nach sorgfältiger Beobachtung und Befragung zu eruieren. Bei Chemikalienunverträglichkeiten hilft keine Desensibilisierung. Das Erlernen von Vermeidungsstrategien widerspricht dem klassischen von der Psychiatrie und der Psychotherapie

beeinflussten medizinischen Denken und wird - verstaendlich jedoch voellig unlogisch - meist als psychische Krankheit gedeutet.

Insgesamt: Da von den ExpertInnen, den AerztInnen, den Behoerden, den Allergikerorganisationen und den VerbraucherInnen diese Zusammenhaenge in ihren Fragestellungen eine unzureichende Rolle spielen, wird sich meiner Einschaeztung nach insgesamt wenig aendern. Ich kann mir nicht vorstllen, dass mit dem oben beschriebenen Konzept die VerbraucherInnen "optimal geschuetzt" werden koennen.

=====

## UBA - UMWELTBUNDESAMT

17.08.2006 **Trink was – Trinkwasser aus dem Hahn**

Neuer Ratgeber aus dem Umweltbundesamt gibt Tipps für gute Wasserqualität auch in Haus und Wohnung

Die gesetzlichen Anforderungen sind eindeutig: Trinkwasser darf keinen Anlass zu gesundheitlicher Besorgnis bieten. Es muss alle Haushalte in einwandfreier Qualität erreichen – farb- und geruchlos, ohne anormalen Geschmack sowie klar und kühl. Schlecht oder laienhaft erstellte Trinkwasserleitungen und -armaturen in Haus und Wohnung können diese, vom Wasserversorger gelieferte Wasserqualität aber buchstäblich noch auf den letzten Metern verderben. Verbraucherinnen und Verbraucher können dies verhindern, wenn sie hierfür den neuen, kostenlosen Ratgeber „Trink was – Trinkwasser aus dem Hahn“ des Umweltbundesamtes (UBA) zu Rate ziehen. Er informiert auf 28 Seiten, wie Sie in Haus und Wohnung für einwandfreies Trinkwasser sorgen können. Im Internet kann er unter der Adresse <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3058.pdf> heruntergeladen werden.

Je schneller das Trinkwasser den häuslichen Wasserhahn erreicht, desto zuverlässiger weist es dort die vom Wasserversorger ins Haus gelieferte Qualität auf. Lange Standzeiten in Haus- und Wohnungsleitungen begünstigen unvermeidbare Korrosionsvorgänge und mikrobielles Wachstum. Diese können die Trinkwasserqualität beeinträchtigen. Deshalb empfiehlt der UBA-Ratgeber unter anderem, für Lebensmittelzwecke kein Wasser zu benutzen, das stundenlang – zum Beispiel über Nacht - in der Leitung gestanden hat. Vor allem Säuglingsnahrung sollten Eltern immer nur mit frisch abgelaufenem Wasser zubereiten. Solches Wasser ist beim Austritt aus der Trinkwasserleitung etwas kühler als Stillstandswasser. Informiert werden Verbraucherinnen und Verbraucher auch über einfache Maßnahmen, die ergriffen werden sollten, um nach längerer Abwesenheit von der Wohnung wieder einwandfreies Wasser zu zapfen.

Eine fachgerecht geplante und erstellte Trinkwasser-Installation kann unnötigen Stillstand des Wassers in Haus- oder Wohnungsleitungen minimieren. Die neue Broschüre informiert, wie und aus welchem Material ein Fachbetrieb die Trinkwasser-Installation erstellen muss, um in ihr – je nach Wasserqualität – mikrobielles Wachstum und Korrosion so weit wie möglich zu verhindern. Verbraucherinnen und Verbraucher erfahren zudem, woran sie erkennen können, aus welchen Materialien ihre Trinkwasser-Installation besteht und ob vermeidbare gesundheitliche (Rest)Risiken vorhanden sind – zum Beispiel in Form von Schlauch- und Bleileitungen. Informationen zur sachgerechten Pflege und Wartung einer Trinkwasser-Installation sowie zur Untersuchung des Wassers runden die Broschüre ab.

Der Ratgeber „Trink was – Trinkwasser aus dem Hahn“ ist kostenlos erhältlich per Telefon (zum Ortstarif): 01888/305-3355, per Fax (zum Ortstarif): 01888/305-3356, per Email: [uba@broschuerenversand.de](mailto:uba@broschuerenversand.de) oder per Internet: [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de). Schriftliche Bestellungen an: Umweltbundesamt, c/o GVP Gemeinnützige Werkstätten Bonn, Postfach 30 03 61, 53183 Bonn.

Die Broschüre steht zudem unter der Adresse <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3058.pdf> zum Download zur Verfügung.

=====

Ende des newsletter/d/100

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden. Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe

newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529, email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) ,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt